Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 9 (1919)

Heft: 36

Artikel: Politische Pause in Europa

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-642204

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Pause in Europa.

Die deutsche Nationalversammlung debattiert über die Steuerpläne Erzbergers, der einmal die Notwendigkeit des „Reichsnotopfers" bewiesen hat und Wege weist, wie man die notwendigen Milliarden aus dem gesamten Produktionsprozeß gewinnen könnte. Die erste Folge dieser Steuerpläne — Flucht des vormals so patriotischen Kapitals. Millionen reisen über die Grenze, im Auto, im Flugzeug, in der Eisenbahn, im Dampfboot. Der Fürst zu Wied, weiland Albaniens König, läßt seine Juwelen mit Hülfe der metallenen Taube über die Ostsee nach Schweden befördern und riskiert einen Schmuggelprozeß, um der Steuerschröpfung zu entgehen. Dies geschieht, nachdem die Nationalversammlung beschlossen hat, die zuerst geplante Vermögensabgabe zu unterlassen; von einer Annullierung der großen Kriegsanleihen war erst gar keine Rede. Gewillt, die Lasten der Vergangenheit wie einen Hemmschuh nachzuschleppen, beginnt die neue Republik ihren Weg. Sie fürchtet die Sabotage enteigneter Besitzer mehr als die unbefriedigten Arbeitermassen, deren ewige Streiklust durch besondere Gesetze gebändigt werden soll. Sie wagt im Vertrauen auf das Heer den Marsch mit dem großen Hemmschuh: Sie hofft auf das Ergebnis der Steuern. Um aber auch alle Vermögenswerte richtig zu fassen, soll ein besonderes Gesetz aufgestellt werden, das die deutschen Banken verpflichtet, ihr Geheimnis zu lüften. Es wird, dank der Opposition der Besitzenden, selbstverständlich ein Torso bleiben. Doch schon die bloße Drohung des Gesetzes hatte neue Kapitalflucht und neue Valutastürze zur Folge. Nun droht man mit Abstempelung der Banknoten und sinnt darauf, die Zinsforderung geflüchteter Vermögen im Ausland zu erwischen.

Es ist die Fortsetzung der ehemaligen Budgetdebatten im Reichstag, nur mit dem Unterschied, daß man einst die Finanzierung zukünftiger Kriege, jetzt aber die Abtragung der Lasten aus dem vergangenen debattierte. Die Nationalversammlung, die denselben Präsidenten wie der alte Reichstag, Fehrenbach, besitzt, die einen Reichskanzler als Vertreter der Regierung begrüßt, und zwar Dr. Bauer statt Bethmann, sie hat noch nicht erfaßt, wie unmöglich die Existenz der deutschen Wirtschaft unter dem Doppeldruck von eigenen Lasten und Kriegsentschädigungen sein wird. Und es ist keiner unter den Deputierten und Ministern, der ein Mittel wüßte, zugleich die Steuerkraft und die Arbeitskraft des Volkes zu beleben. Vielleicht gibt es auch keines. Vielleicht steht Deutschland vor dem sichern Hinsiechen, und seine Massen besitzen nicht Kraft und auch nicht Willen, gewaltsam dem elenden Zustand ein Ende zu bereiten. Weshalb? Sie denken, daß auch die Abwerfung des gesetzlichen Zustandes keine Rettung vor dem Elend bringen wird.

Gleich wie in Deutschland, so sitzt in Italien das Ministerium Nitti an der Arbeit, um vor allem die drohende Lebensmittelkrisis zu beschwören. Es hat sich gezeigt, daß trotz allen Tendenzen zu Streik und Ausschreitungen, trotz der Selbsthilfe des Volkes in den Städten gegen die Lebensmittelwucherer keine einheitliche revolutionäre Kraft vorhanden sei, die den jetzigen Staat zu erschüttern vermöchte. Die bolschewistisch gesinnte Sozialdemokratie hat gegen sich zu breite Schichten und zu große Vorurteile des gläubigen Volkes, um schon die Kraft zur entscheidenden Aktion zu haben. Wenn es Nitti gelingt, mit allerlei Kompromissen den Wucher einzuschränken, ohne die Lebensmittel vom Markte zu vertreiben, wenn es ihm vor allem gelingt, die natürliche Bekämpfung des Wuchers, die Vermehrung der Produktion genügend zu fördern, so können noch für lange die Resolutionen der italienischen Maximalisten bedeutungslos bleiben. Aber nur unter der genannten Bedingung. Es braucht Hebung der Valuta, um amerikanischen Weizen und englische Kohle zu erschwinglichen Preisen zu erhalten, und es braucht eine tiefgreifende Reform der Verwaltung, um der bureaukratischen Misere Herr zu werden.

Frankreich und England stehen vor denselben Fragen und studieren die staatlichen Finanzquellen ebenso eifrig wie die Steigerung der Produktion, um der Teuerung zu begegnen. Es ist zu bemerken, daß England zwar den Sechsstundentag für die Bergarbeiter, aber nicht die Verstaatlichung der Gruben einzuführen gewillt ist. Die Arbeiter, die das eine wie das andere forderten, sehen vor sich die Wahl neuer Streiks oder Unterwerfung. Wie in Deutschland weiß im Westen jedermann, der nicht gerade einer Gewerkschaft angehört und sich als Allheilmittel in ökonomischer Not den Ausstand angewöhnt hat, daß Wenigerleistung unfehlbar die Verminderung der Güter und deren Verteuerung mit sich bringt. Leider vergißt man dabei den automatischen Streik des Kapitals bei niedrigem Zinsfuß. Die Agitation gegen die kurze Arbeitszeit wird auf Grund dieser Erkenntnis getrieben. In Frankreich beginnt eine direkte Aktion gegen die Achtundvierzigstundenwoche. Man weist auf Sovietrußland, wo Lenin gezwungen sein soll, den Streik unter Androhung hoher Strafen zu verbieten und eine Disziplin der Fabrikarbeiter zu fordern, die alle Beispiele in kapitalistischen Betrieben hinter sich lasse.

Charakterisiert sich die Pause in der innerpolitischen Entwicklung durch die erwähnten Versuche der Regierungen, Ordnung in das drohende Chaos zu bringen und seine Entstehung zu beschwören, so bezeichnet die Verzögerung der Friedensschlüsse mit den drei noch übrigen Ententegegnern die außerpolitische Lage.

Nachdem die österreichische Delegation den ersten Friedensvertrag als unmöglich erklärt hatte, versuchten England und Amerika alle Mittel, um Milderungen herbeizuführen. Italien, unterstützt von den eifersüchtigen Tschechen, halbwegs sekundiert von dem direktionslosen Frankreich, das die Oesterreicher als Deutsche schädigen und, um die Deutschen zu schädigen, Wien an die Entente ketten möchte, hat bis heute eine Revision der schlimmsten Paragraphen zu hintertreiben vermocht. Seine Einsprache hat auch bewirkt, daß Clémenceau den von ihm selber begünstigten Erzherzog Joseph in Budapest ersuchen mußte, abzutreten. Er ging, seine Empfehlung mit allen Versicherungen der Hochachtung zurücklassend. Seine Generäle versuchen zu bleiben und die Sozialdemokraten mit ihrer Tiszagesinnung zu versöhnen. Die Hohenzollern in Bukarest, die Karageorgewitsch in Belgrad, die Prager- und Wienersozialisten sind zum erstenmal die Schildhalter Roms gegen die Habsburger geworden. Wie der endgültige Vertrag aussehen wird, wissen heute noch bloß die Eingeweihten. Gewiß wird aber Italien sein Bestes tun, um ihn zu verderben.

Weniger Interesse wird es haben, die Bulgaren zu schädigen. Denn Bulgariens Feinde, die Serben und Griechen, sind keine Feinde. Und ebensowenig möchte es die Türken den Griechen aufopfern. Viel lieber erhaschte es das Protektorat über ganz Kleinasien, doch darüber wird London in letzter Instanz verfügen.

Um dem noch ausstehenden Frieden mit dem Sultan die feste Grundlage zur Ausnützung der englischen Macht zu geben, hat England mit Persien einen Protektoratsvertrag abgeschlossen. Darüber Geschrei in Frankreich. Aber die Briten werden nicht mehr loslassen. Sie sitzen in Bagdad und Teheran, sie sitzen in Baku und Jerusalem — das französische Syrien, das italienische Anatolien, die „freien Staaten" Armenien und Georgien werden umgeben sein von englischen Ländern. Der türkische Friede ist durch Englands Eroberungen im wesentlichen festgelegt. Indessen, noch bevor man hierüber beraten hat, wankt schon der Hauptfriede. Die Ratifizierung des Versaillerpaktes im amerikanischen Senat scheint heute dadurch verunmöglicht, daß Wilson selber genötigt wurde, Klauseln zum Völkerbundsvertrag zu befürworten. Die republikanischen Senatoren aber treiben ihre Opposition viel weiter. Sie haben alle Aussicht, die Anerkennung der japanischen Macht auf Schantung zu Fall zu bringen.

-kh-